

# Hintergrund

## Kampf um Boden im Dschungel

**Kambodscha** Das südostasiatische Land lebt von der Textilwirtschaft, dem Tourismus – und seit einem Jahrzehnt vermehrt auch vom Kautschukanbau. Darunter leiden indigene Völker wie die Bunong im Südosten des Landes.

Stefan Welzel

Dick eingepackt in Daunenjacke und Wollmütze erscheint Neth Prak in einem Luzerner Café zum Gespräch. Der 38-jährige Kambodschaner hat gerade zum ersten Mal in seinem Leben Schnee gesehen. Zunächst wirkt der kleine, aber stämmige Prak etwas schüchtern, doch schon nach ein paar Sätzen erhitzt sich sein Gemüt. Dann nämlich, wenn der Indigene aus der ostkambodschanischen Bergprovinz Mondulkiri auf die Probleme zu sprechen kommt, unter denen sein Volk der Bunong seit einigen Jahren leidet. Prak ist so etwas wie ihr Sprachrohr, denn viele der rund 30 000 Bunong, die in Kambodscha leben (70 000 sind es im Nachbarland Vietnam), sind weder der Landessprache Khmer, geschweige denn des Englischen mächtig. «Ich selbst bin erst mit 18 in eine Schule gekommen», sagt Prak, der nach seiner Grundausbildung Soziologie und Sozialarbeit studierte.

Im südostasiatischen Staat existieren 23 anerkannte ethnische Minoritäten. Es sind fast alles Bergvölker, die in den Grenzregionen zu Laos und Vietnam leben. «Man darf sich diese aber nicht als eine Art abgeschottete Urvölker vorstellen», erklärt Esther Leemann, Sozialanthropologin an der Universität Zürich und eine der wenigen Bunong-Expertinnen. Aber: «Diese Völker werden von der Mehrheitsgesellschaft der Khmer stark marginalisiert», so Leemann weiter.

### Radikaler Wandel der Lebenswelt

Das schon in den 1980er-Jahren mit Vietnams Gnaden an die Macht gelangte Regime Hun Sens (siehe Kasten) interessiert sich nicht sonderlich für diese Minderheiten. Vielmehr zeichnet es sich durch eine sogenannte «Divide and rule»-Politik aus – «zersplittern und herrschen». Zwar bezieht sich diese in erster Linie auf die politische Opposition im Land, die es nicht schafft, geschlossen gegen Sen vorzugehen. Aber eine ähnliche Taktik fährt das Regime auch gegenüber den Minderheiten. Man hält sie klein und entzieht ihnen sukzessive die Lebensgrundlage, um wie bisher in Selbstversorgung zu leben. Ein gutes Beispiel sind die Bunong. Das Volk lebt von der Produktion von Bergreis sowie der Viehwirtschaft und dem Sammeln von Ressourcen, die sie im Wald finden. Seit rund zwölf Jahren erfahren die Bunong jedoch einen radikalen Wandel ihrer Lebenswelt. Hun Sen kündigte im Kampf gegen die Armut die weitflächige Nutzbarmachung von sogenannt unproduktivem Land an. «Die Regierung hat das Land als unternutzt klassifiziert, obwohl die Bunong es sehr wohl bewirtschaften und davon leben», erklärt Leemann.

Was damit einherging waren sukzessive Einschränkungen ihrer Lebensweise. In einer Art Dreifelderwirtschaft wird eine Fläche brandgerodet und danach bewirtschaftet. «Das machen die Bunong aber auf nachhaltige Art und Weise. Sie benutzen die jeweilige Parzelle für einige Jahre, lassen es danach in Ruhe regenerieren und roden ein neues Feld. Später können sie dann zurück auf das zuerst gerodete Land», so Leemann. Doch die Regierung sowie nationale und internationale Firmen sehen in dem Dschungelgebiet den idealen Grund und Boden, um Kautschukplantagen anzulegen. Den Urwald interpretiert die Regierung zudem als Staatsgebiet – ein funktionierendes staatliches Katasteramt, in welchem die legitimen Ansprüche der Bunong berücksichtigt werden, gibt es nicht. «Doch wir



Neth Prak begutachtet Bulldozer-Spuren im Siedlungsgebiet der Bunong.

Bild: André Affentranger/EcoSolidar (Oktober 2018)

Bunong leben schon seit Jahrhunderten, ja seit Jahrtausenden hier», sagt Aktivist Neth Prak, der 2015 die Interessensvertretung «Bunong Indigenous People's Association» (Bipa) gründete, in der Esther Leemann im Beraterstab mitwirkt.

Seit 2001 existiert in Kambodscha ein neues Landgesetz. Es enthält einen Artikel, der besagt, dass indigene Völker das von ihnen benutzte Land registrieren lassen können. «Doch im gleichen Gesetz steht auch, dass der Staat ökonomische Landkonzessionen vergeben kann. Und die gingen ab Mitte der 2000er-Jahre an die Betreiber grosser Plantagen. Dabei tut Hun Sen stets so,

als käme der Kautschukanbau der ganzen Gesellschaft zugute», sagt Prak. Doch das Geld fliesst am Ende oft in die Taschen hoher Beamter, der Regierung oder der Unternehmen.

Schon in den 1990er-Jahren wurde der kambodschanische Urwald gerodet – Tropenholz war ein Exportschlager. Danach entstanden Joint-Ventures zwischen einheimischen mit ausländischen Firmen, mit denen der Kautschukanbau begann. Nun stand zunehmend der Lebensraum der indigenen Völker im Fokus der Gummihersteller. Man hat das Land der Bunong als Konzessionsland vergeben. «Dabei wurden wir gar nicht gefragt. Dis-

cutieren konnten wir auch nicht», erinnert sich Neth Prak an die Anfänge vor über zehn Jahren. Geschützt durch staatliche Sicherheitsorgane, machte man den Bunong klar, «dass man im Notfall auch Gewalt anwenden würde, wenn sich die Indigenen nicht beugen», erklärt Prak. «Man hat viele ahnungslose Bunong unter heftigem Druck für ein Hektar Land mit 200 Dollar entschädigt. Dabei bringt diese Fläche bei guter Ernte heutzutage bis zu 6000 Dollar im Jahr ein», sagt Leemann. In Sachen Anbaupraxis arbeitet Praks Bipa mit der Schweizer NGO EcoSolidar zusammen, auf deren Einladung der Aktivist die Schweiz be-

suchte. So sollen sich durch biolandwirtschaftliche Techniken die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven unter den Bunong verbessern. Doch die Fortschritte auf diesem Gebiet lösen das Problem um die Grundstücksfrage mit Regierung und den Gummifirmen nicht.

Heute gehören die Kautschukplantagen noch zwei ausländischen Firmenkonsortien. Eines davon ist ein vietnamesisch-staatliches Unternehmen, das andere die Beteiligungsfirma Socfin Group mit Sitz in Luxemburg. Diese betont auf Anfrage, dass man stets «in einem offenen und transparenten Dialog mit der lokalen Bevölkerung steht unter Aufsicht der Vereinten Nationen und deren lokalem Menschenrechtskommissariat». Ausserdem seien Entschädigungen gemacht worden, die je nach Zustand des Bodens bis zu 1500 Dollar betragen, so das Kommunikationsbüro von Socfin weiter. Zu Beginn der Entschädigungen lag dieser Betrag aber lediglich um 200 Dollar herum, bis sich die Bunong letztlich erfolgreich für eine bessere Abgeltung einsetzen konnten. 2012 sei der Entschädigungsprozess bis auf weiteres abgeschlossen gewesen, so Socfin. «Es sind aber noch lange nicht alle Streitigkeiten geklärt und Zahlungen von bis zu 1500 Dollar waren eher die Ausnahme als die Regel», sagt Leemann.

### Streitpunkte Grabstätten und heilige Wälder

Prak ergänzt: «Es gab eine Phase, in der wir vermehrt Kompensationen erhielten und eine Verbesserung zu spüren war.» Zudem habe man neben Forderungen nach weiterer finanzieller Entschädigung auch solche nach einem ergebnisoffenem Dialog, Expertenkontrollen und unabhängiger Mediation gestellt. Auf einige Punkte gingen Regierung und die Plantagenbesitzer ein. In der Tat befanden sich Indigene und Kautschukfirmen zunächst über das Beratungsunternehmen IMG als Vermittler im Dialog. Jedoch war das Mandat für IMG im Jahr 2016 nur auf ein halbes Jahr ausgelegt. All die Probleme in so kurzer Zeit zu beheben, war etwas zu optimistisch. Seit zwei Jahren finden konkrete Gespräche gar nicht mehr statt, obwohl der Prozess nicht als abgeschlossen gilt. So können die Kautschukfirmen auf den formellen Fortgang des Dialogs verweisen, selbst wenn zurzeit diesbezüglich nichts geschieht. Einer der Hauptstreitpunkte sind nach wie vor Grabstätten und heilige Wälder der Bunong. Bei der Grenzziehung der Kautschuk-Anbauflächen wurde darauf wenig Rücksicht genommen.

Den Bunong geht es weiterhin nicht einfach um die gerechte Zuweisung von Land zur Nutzung, sondern um die Anerkennung, dass das eigentlich ihr Grund und Boden ist. Gemäss dem erwähnten Gesetz von 2001 sowie der entsprechenden UN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker ist es (theoretisch) nicht legal, solche Konzessionen zu vergeben, ohne «freiwillige Zustimmung mit einhergehender Informierung» der betroffenen Völker. Diese Informierung durch die Kautschukfirmen fand zwar statt, und viele Indigene willigten auch in Entschädigungen ein, aber eben erst nach der Konzessionsvergabe. Dagegen zu klagen wäre, zumindest in Kambodscha, sinnlos. In dem Land gibt es keine Gewaltentrennung. Neth Prak wird ungeachtet aller Widrigkeiten weiter für sein Volk kämpfen. Mit Bipa versucht er in politischen und religiösen Belangen sehr heterogenen Gemeinschaft der Bunong eine einheitliche Stimme zu geben. «Denn nur gemeinsam sind wir stark», so Prak.

«Die Regierung tut stets so, als käme der Kautschukanbau der ganzen Gesellschaft zugute.»



Neth Prak  
Indigener Aktivist

## Autoritärer Einparteiensstaat

**Kambodscha** Das Land kam 1863 unter französische Vorherrschaft und war Teil Französisch-Indochinas. In den 1970er-Jahren wurde es in den Vietnamkrieg mit hineingezogen. Ab 1975 errichteten die maoistischen Roten Khmer eine Schreckensherrschaft, in der rund zwei Millionen Kambodschaner ihr Leben liessen. Sie endete 1979, als Truppen des Nachbarlandes Vietnam das Land besetzten.

Mit Hanoi Gnaden regiert seit 1985 der abtrünnige ehemalige Rote Khmer Hun Sen. Der heute 66-Jährige führt sein Land autoritär. Seit den Wahlen im Sommer 2018 ist die Opposition auch im Parlament ausgeschaltet. Sämtliche 125 Sitze gingen an Sens Volkspartei CCP. Die wichtigste Oppositionspartei, die Cambodia National Rescue Party, wurde 2017 vom obersten Gerichtshof aufgelöst. «Angeblich, weil sie in einen vom Ausland unter-

stützten Komplott zum Sturz der Regierung involviert war. Auch wurden kritische Medien zum Schweigen gebracht und Wähler eingeschüchert», sagt Annuska Derks, Südasiensexpertin an der Universität Zürich.

Lange war Vietnam der wichtigste Partner des 16-Millionen-Einwohner-Landes. «Inzwischen nimmt China immer stärker diese Rolle ein, sowohl im Bereich Infrastruktur, Militärhilfe, Wirtschaftsinvestitionen und Handel als auch bezüglich der politischen Unterstützung», erklärt Derks. Die nach der unfreien Wahl 2018 angedrohten Sanktionen westlicher Staaten «würden wirtschaftlichen Einfluss haben, da die Bekleidungsindustrie in Kambodscha vor allem für den europäischen und den US-Markt produziert. Aber die Frage ist, ob sie jemals umgesetzt werden», so Ethnologin Derks. (sw)